

02-04-25

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN: Altersarmut. Weichen müssen neu gestellt werden.

14.10.2020

RENTE UND ALTERSVORSORGE

Altersarmut. Weichen müssen neu gestellt werden.

Frankfurt, 14.10.2020. Zum Welttag der Überwindung von Armut am 17. Oktober 2020 weist das Bündnis Soziale Gerechtigkeit in Hessen darauf hin, dass zunehmend mehr ältere Menschen in Hessen von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind.

Jede sechste Rentnerin bezog im Jahr 2018 im Durchschnitt eine Rente von 686 Euro. Nach Angaben der amtlichen Sozialberichterstattung ist die Armutsgefährdungsquote bei Rentnerinnen und Rentnern in Hessen von 14,9 Prozent in 2018 auf 17,0 Prozent in 2019 gestiegen- und damit stärker als die Armutsgefährdungsquote der Gesamtbevölkerung (die von 15,8 Prozent in 2018 auf 16,1 Prozent in 2019 stieg). Diese Zahlen belegen, dass zunehmend mehr Menschen in Hessen von Altersarmut betroffen sind.

„Wir können diesem Trend der immer größer werdenden Altersarmut nicht ruhig zusehen,“ sagt Michael Rudolph, Sprecher des Bündnisses Soziale Gerechtigkeit in Hessen. „Wenn jetzt die Weichen nicht neu gestellt werden, wird sich die Altersversorgung zukünftig weiter verschlechtern.“ Das Armutsrisiko im Alter hängt wesentlich mit dem System der Rentenversicherung zusammen. Auch wenn man Jahre lang erwerbstätig war, heißt das nicht automatisch, dass man eine Rente erhält, die den Lebensstandard sichert. Denn niedrige Einkommen führen zu niedrigen Renten.

Das Bündnis für Soziale Gerechtigkeit in Hessen fordert daher neben einer Eindämmung des Niedriglohnssektors die Abschaffung von Minijobs, eine gesetzlich festgeschriebene Entgeltgleichheit von Frauen und Männern sowie eine bessere Bezahlung in der Erziehung und Pflege, die überwiegend von Frauen geleistet werden. Aber auch Zeiten der Arbeitslosigkeit, Erziehungs- und Pflegezeiten oder Teilzeitarbeit führen zu geringeren Ansprüchen in der Rentenversicherung. Das bedeutet: Die Gefahr von Altersarmut steigt. „Deshalb brauchen wir Änderungen im Arbeitsmarkt und eine gesetzliche Rente, die bedingungslos für alle das Existenzminimum übersteigt. Eine insgesamt reiche Gesellschaft kann es sich nicht leisten, zunehmend mehr Menschen in Armut und sozialer Ausgrenzung leben zu lassen“, so Rudolph.

Hintergrundinformation und Veranstaltungshinweis

Das Bündnis Soziale Gerechtigkeit in Hessen ist ein Netzwerk aus rund 30 Organisationen, darunter Kirchen, Gewerkschaften und Sozialverbände und freie Initiativen und Vereine. Das Bündnis, setzt sich für eine gerecht gestaltete Gesellschaft ein, für ein selbstbestimmtes Leben im Alter und für eine Altersversorgung, die zu einem Leben in Würde reicht. Das Bündnis macht sich dafür stark, dass schon heute die Armut von morgen bekämpft wird.

Der Internationale Tag für die Beseitigung von Armut wurde 1992 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufen. An diesem Tag soll notleidenden und ausgegrenzten Menschen Gehör verschafft werden. Es soll jenen zugehört werden, die häufig nur über ihre Probleme wahrgenommen und zumeist noch dafür verantwortlich gemacht werden.

Das Bündnis Soziale Gerechtigkeit in Hessen veranstaltet am Freitag, den 16.10.2020, 10.00 - 12.00 Uhr zusammen mit der evangelischen Akademie Hofgeismar eine [virtuelle Fragestunde](#) zum Internationalen Tag zur Überwindung von Armut. Im Gespräch sind Ulrike Alex, MdL & Seniorenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Michael Streun, Betroffenenvertreter und Karl Waldeck, Direktor der Evangelische Akademie Hofgeismar. Die Moderation wird von Dr. Felix https://www.zgv.info/arbeit-soziales/artikel-einzelansicht?tx_web2pdf_pi1%5Bargument%5D=printPage&tx_web2pdf_pi1%5Bcontroller%5D=Pdf&cHash=3cff6946afafde6ba7093eba8fbc0608

02-04-25

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN: Altersarmut, Weichen müssen neu gestellt werden.
Blaser für das Bündnis für soziale Gerechtigkeit in Hessen übernommen.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an [Dr. Felix Blaser, Bündnis Soziales Gerechtigkeit Hessen](#),

Telefon: 0170 85 80 626.

© 2023 - Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN